



Protokollauszug zum GEMEINDERAT

am Donnerstag, 15.12.2022, 17:00 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1

**Fragestunde für Einwohnerinnen und
Einwohner**

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er ruft Tagesordnungspunkt 1 „Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner“ auf.

Eine **Bürgerin** erkundigt sich, welche Möglichkeit die Stadt Ludwigsburg sehe, um den Ausbau der Photovoltaik voranzutreiben und zu beschleunigen.

Das Thema Photovoltaikausbau sehe er als sehr wichtig an, führt OBM **Dr. Knecht** aus. Man werde gemeinsam mit den Stadtwerken den Ausbau vorantreiben. BMin **Schwarz** ergänzt, im Haushaltsplan 2023 werden entsprechende Haushaltsmittel eingestellt; das Personal werde aufgestockt. In einer Studie seien Dächer identifiziert worden, die sich für den Aufbau von Photovoltaikanlagen eignen. Anlagen mit 500 kWp sollen im kommenden Jahr montiert werden. Sie hoffe, dass nicht Lieferengpässe, z.B. bei Wechselrichtern, dieses Vorhaben ausbremsen. Auf Rückfrage der Bürgerin, ob weitere Photovoltaikanlagen auch auf Freiflächen errichtet werden, erläutert BMin Schwarz, der Verband Region Stuttgart bereite derzeit eine Fortschreibung des Regionalplans vor, in welchem auch Flächen für Freiflächensolaranlagen ausgewiesen werden sollen. Erste Abstimmungen mit den Kommunen hierzu laufen; man befinde sich in engem Austausch.

Eine weitere **Bürgerin** erkundigt sich, wie die Stadt Ludwigsburg gedenke, die Bürgerinnen und Bürger „abzuholen“, um sich klimaneutral zu verhalten.

OBM **Dr. Knecht** führt aus, das Referat für Stadtentwicklung, Klima und Internationales wirke mit vielen Aktionen in die Bevölkerung hinein. Das Programm „Klima Bonus“ habe an Fahrt aufgenommen und sei mit Anträgen deutlich überzeichnet. Bisher seien allerdings aufgrund der Abrechnungsmodalitäten noch nicht alle Mittel abgerufen worden. Nächstes Jahr, dies habe der Gemeinderat klar signalisiert, werden die Haushaltsmittel für dieses Programm aufgestockt. „Klima im Quartier“ sei ein weiteres Konzept, um die Bürgerschaft quartiersweise zu erreichen. Auch über die Öffentlichkeitsarbeit und sozialen Medien versuche man die Bevölkerung in der Breite mitzunehmen.

BMin **Schwarz** ergänzt, man lege auch viel Wert darauf, in die Quartiere zu gehen. Als Beispiel nennt Sie die Nachhaltigkeitstage.

Eine **Bürgerin** erkundigt sich, welche weiteren Maßnahmen die Stadt unternehme, z.B. bezüglich
Protokollauszug Gemeinderat 15.12.2022

Verkehrsvermeidung oder der Entsiegelung von Flächen.

Hinsichtlich der Entsiegelung von innerstädtischen Flächen habe man mit der Umgestaltung des Arsenalplatzes eine wegweisende Entscheidung getroffen, so OBM **Dr. Knecht**. Neben der reinen Entsiegelung werden auch zahlreiche weitere Bäume gepflanzt. Auch mit der Umgestaltung des Walker-Parks sei eine große Fläche entsiegelt worden. Man denke noch an weitere Maßnahmen. So biete z.B. der Karlsplatz weiteres Potential. BM **Manni** ergänzt, mit dem Mobilitätskonzept 2030+ habe man sich Ziele gesetzt, die Verkehrszusammensetzung zu verlagern; weg vom motorisierten Individualverkehr. BMin **Schwarz** fügt hinzu, eine Begrünungssatzung zur Begrünung der privaten Flächen befinde sich für das kommende Jahr in der Pipeline.

Eine **Bürgerin** erkundigt sich, was die Stadt unternehme, um den Busverkehr zu beschleunigen. BM **Manni** führt aus, diesbezüglich habe die Stadt bereits einiges unternommen. Als Beispiel führt er die funktionierende Busspur in der Marbacher Straße. Man befinde sich im ständigen Austausch mit den Busunternehmen, um Lösungen zu finden. Dieses Jahr habe man so die Einbahnstraßenregelung am Wasen umgesetzt. Außerdem versuche man alle Busse in die Lichtsignalanlagensteuerung einzubinden. Hier befinde man sich auf der „Zielgeraden“. Im nächsten Jahr wolle man sich die Wilhelmstraße und den Kreisverkehr Sternkreuzung genauer anschauen.

OBM **Dr. Knecht** stellt fest, dass es keine weiteren Fragen gibt und beendet Tagesordnungspunkt 1.

TOP 2

**Haushaltsplan 2023 und Finanzplanung mit
Investitionsprogramm 2022 - 2026
- Änderungsverzeichnis
- Stellenplan**

Vorl.Nr. 377/22

Vorl.Nr. 442/22

öffentlich

Beschluss:

1. Die Haushaltssatzung 2023 sowie der Haushaltsplan 2023 und die mittelfristige Finanzplanung 2022 - 2026 werden auf Grundlage des Haushaltsplanentwurfs (Vorlage 377/22) und den beigefügten Änderungsverzeichnissen beschlossen.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, die noch erforderlichen haushaltsneutralen Veränderungen der Teilhaushalte (z.B. interne Leistungsverrechnungen, Steuerungsumlage, Änderungen Kontenplan) vorzunehmen und in den endgültigen Haushaltsplandruck einzuarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 38 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Clausen
Stadträtin Dr. Traub

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** und der **Leiter** des Fachbereichs Finanzen führen in das Thema Haushaltsplan 2023 mit Finanzplanung und Investitionsprogramm 2022 – 2026 ein und erläutern den Verlauf der bisherigen Haushaltsplanberatungen. Dabei geht der Stadtkämmerer anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zum Protokoll) auch auf das Änderungsverzeichnis ein.

Zum Ende seiner Ausführungen teilt der Leiter des Fachbereichs Finanzen mit, alle Stadträtinnen und Stadträte werden zu Beginn des nächsten Jahres eingeladen, an einer Umfrage zum Haushaltsplanverfahren teilzunehmen. Die Kämmerei wolle eruieren, wo die Stadträtinnen und Stadträte noch Verbesserungspotential am bisherigen Verfahren sehen.

OBM **Dr. Knecht** dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die an der Erstellung des umfangreichen Planwerks beteiligt waren. Er führt aus, man benötige „das Jahr des Risikomanagements“ um zu gewichten und zu priorisieren. Denn die im Jahr 2022 getroffenen Entscheidungen würden zu immensen Ausgaben in den nächsten Jahren führen. Man habe mit dem Bildungszentrum West, dem Arsenalplatz, oder der Entscheidung zur Stadtbahn wegweisende Entscheidungen getroffen, die mit Blick auf die Stadtgesellschaft wichtig seien. Er dankt dem Gremium für die konstruktive Zusammenarbeit, die diese Entscheidungen ermöglicht habe.

Die Stellungnahme zum Haushalt für die Fraktion Bündnis 90/die Grünen wird von Stadträtin **Dr. Knoß** vorgetragen. Sie teilt mit, ihre Fraktion habe sich im Vorfeld die Frage gestellt, ob genug Klimaschutz und sozialer Zusammenhalt im Haushalt seien und man diesem zustimmen könne. Die Antwort sei, es ginge mehr. Fakt sei aber auch, dass man mit dem vorhandenen Geld auskommen müsse und die Mehrheitsverhältnisse im Gemeinderat nicht mehr zulassen.

Der Haushalt sehe viele Projekte vor, die ihrer Fraktion wichtig seien. Auch im Hinblick auf nachhaltige Mobilität habe der vorgelegte Haushalt richtige Ansätze. Anträge zur Anpassung von Parkgebühren und Parkzeiten hätten, trotz drohender Klimakatastrophe, keine Mehrheit im Rat gefunden. Über die Gewerbesteuer werde dieses Jahr nicht mehr entschieden. Sie sei gespannt, welche Finanzierungsvorschläge von der konservativen Seite des Gemeinderats für die anstehenden Ausgaben kommen werden.

Sie hoffe für das nächste Jahr, dass man über alle Fraktionen hinweg, gemeinsam gute Entscheidungen treffen werden. Abschließend dankt Sie allen Mitarbeitenden der Stadtverwaltung für Ihre Arbeit. Ihre Fraktion stimme dem Haushalt zu.

Stadtrat **Herrmann** führt für die CDU-Fraktion aus, zum dritten Mal hintereinander verabschiede man einen Haushalt in einer Krisensituation. Aber man sei stets besser durch die Krisen gekommen, als zunächst angenommen. Während andere Städte starke Steuerausfälle zu verzeichnen hätten, habe Ludwigsburg sogar ein Mehr an Gewerbesteuer erzielen können. Zahlreiche klimarelevante Maßnahmen seien im Haushalt beinhaltet, dies habe die Stadtverwaltung erstmalig in einer öffentlichen Informationsvorlage zusammengestellt und könne von jedem nachgelesen werden. Man

stehe vor Jahren mit großen Risiken. Sparen sei daher in den nächsten Jahren angesagt. Wichtig sei Baustandards im Auge zu behalten. Auch der Anstieg von Personalstellen müsse auf ein vernünftiges Maß reduziert werden.

Seine Fraktion finde sich im Haushalt an vielen Stellen wieder, daher habe man dieses Jahr davon abgesehen, Haushaltsanträge zu stellen. Der Dank gelte den Mitarbeitenden der Stadtverwaltung. Er weist darauf hin, dass der Finanzplan zwar formal mitbeschlossen werde, aber in den Jahren 2024 ff konkretisiert werde. Seine Fraktion könne dem Haushaltsplan zustimmen.

Stadtrat **Weiss** führt aus, Sorge bereite ihm der hohe Finanzmittelbedarf aus Investitionstätigkeiten i. H. v. über 27 Mio. €, der bereits 2023 zu weiteren Kreditaufnahmen von 10 Mio. € führe. Durch die negativen Ergebnishaushalte 2024 und 2025 werde die Verschuldung bis 2026 um weitere Kreditaufnahmen von 83 Mio. € ansteigen. Dadurch werde die Pro-Kopf-Verschuldung deutlich steigen. Diese Entwicklung könne durch Steuererhöhungen alleine nicht verhindert werden. Dies könne nur durch eine lernende und leistungsfähigere Verwaltung mit einem stringenten Risikomanagement erreicht werden. Die beste Möglichkeit bestehe in der Steigerung der Effizienz bei der Aufgabenerfüllung. Dies betreffe Verwaltungsabläufe, sowohl bei freiwilligen als auch bei Pflichtaufgaben. Hinzu komme der Verzicht auf nicht notwendige Aufwendungen. Es gehe um die Frage auf welchem Standard eine Aufgabe erfüllt werden solle und um die Effizienz beim Erbringen der Leistung. Verfahrensabläufen sollen optimiert werden. Dazu habe seine Fraktion in den Haushaltsdebatten der letzten vier Jahre Anträge gestellt und Vorschläge unterbreitet, die nun in zarten Konturen im Haushalt 2023 erkennbar seien. Weiteres Potential sehe er auch in der interkommunalen Zusammenarbeit in den Querschnittsbereichen Personal, Kämmerei, Liegenschaftsverwaltung, Bauverwaltung und Bauhof. Diese internen Serviceleistungen müsse nicht jedes Rathaus für sich alleine managen, auch unter dem Aspekt, dass alle Gemeinden große Schwierigkeiten hätten, qualifiziertes Personal zu finden. Nach dem Motto „neu denken und neu bewegen“, gemeinsam zum Wohle der Stadt müssen neue Wege gegangen werden; raus aus der Komfortzone. Dies gelte für die Stadtverwaltung, den Gemeinderat, aber auch für die Bürgerinnen und Bürger. Seine Fraktion könne dem Haushalt 2023 zustimmen.

Der Dank gelte den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, insbesondere der Kämmerei, führt Stadtrat **Dr. O'Sullivan** für die SPD-Fraktion aus. Gut sei das Angebot einer Evaluierung des Haushaltsplanverfahrens, evtl. könne mit noch mehr Digitalisierung oder interaktiver Gestaltung, die Haushaltsplanberatungen noch effektiver gestaltet werden.

Aus seiner Sicht gebe es keinen Grund, weshalb man dem vorgelegten Haushalt nicht zustimmen sollte. Angesichts der fortgesetzten Krisen, in denen man stecke, sei die Vorlage der Verwaltung vergleichsweise harmlos. Dies immer unter dem Blickwinkel eines Konsolidierungsjahres im Jahr 2023. Man werde dieses Jahr des Risikomanagements nutzen um die Kosten, wenigstens ein Stück weit, zu verringern.

Lobend zu erwähnen sei, dass in den Haushaltsberatungen über alle Fraktionen hinweg nicht allzu viele kostentreibende Anträge gestellt wurden. Soziale Haushaltsanträge seien von seiner Fraktion keine gestellt worden. Er erinnere aber bei dieser Gelegenheit daran, dass die SPD eigentlich dafür sei, dass die Kindertagesbetreuung kostenfrei sein sollte. Davon sei man weit entfernt, weil dies von den Kommunen finanziell nicht leistbar sei. Schade sei es aus seiner Sicht, dass zum Ende der Haushaltsberatungen nochmals die Hebesatzdebatte geführt wurde, da diese auf das Jahr 2023 gar keine Auswirkungen habe. Er hoffe aber, dass diese Debatte im Laufe des Jahres 2023 geführt werde und nicht erst bei den Haushaltsberatungen im nächsten Jahr. Klar sei, dass die hohen finanziellen Belastungen nur über Gebühren und Beiträge nicht auszugleichen seien. Daher schließe er sich der Auffassung von Stadtrat Herrmann an, dass über Details und Hebesätze für die Jahre 2023 ff im

nächsten Jahr zu beraten sei.

Mit einem Zitat von Henry Ford, „reich wird man nicht durch das, was man verdient, sondern durch das, was man nicht ausgibt“, weist Stadtrat **Eisele** auf die hohen Ausgaben und die Folgen für die Stadt in den kommenden Jahre hin. Man gebe zu viel aus und ein Teil des Gemeinderats wolle diese Ausgaben mit höheren Steuern wieder ausgleichen. Dies wolle sein Fraktion ändern und habe Sparmaßnahmen, z.B. Arsenalplatz, eingefordert. Die FDP-Fraktion werde weiterhin kritisch auf Projekte und Personalmehrungen schauen und stehe weiter zu ihren Versprechungen. So sei man weiter dafür, im Jahr 2024 die Gewerbesteuer auf 385 Hebesatzpunkte zu senken. Der Haushalt sei zwar nicht perfekt, da aber sehr wichtige Investitionen und Projekte enthalten seien werde seine Fraktion dem Haushalt zustimmen.

Stadtrat **Müller** dankt für die gute Vorbereitung des Haushaltsplans. Im Hinblick auf die anstehenden großen Investitionen in Bildung und Mobilität lass der Haushalt 2023 nicht viel Spielraum. Im Bereich Bildung werden Kitas ausgebaut und er hoffe, dass die Arbeitsbedingungen für Erzieherinnen und Erzieher sich so verbessern, dass die Stellen auch besetzt werden können. Die Linke habe auf Haushaltsanträge verzichtet und stimme dem Haushaltsplan zu.

Stadträtin **Kainz** führt aus, die angedachten Investitionen 2023 in Klimaschutz, Bildung, Betreuung, Sport und nachhaltige Mobilität gehen in die richtige Richtung. Keine Multifunktionshalle, keine grünen Wände, keine Seilbahn – die Realität lasse zwischenzeitlich grüßen. Kritisch sehe sie die Stellenanzahl und die künftige Höhe der Verschuldung. Eine Zäsur für 2023 mit Zurückhaltung und dem Willen, Beschlossenes einem Controlling zu unterziehen, halte sie in der jetzigen Zeit für richtig.

Stadtrat **Dogan** führt aus, der Gemeinderat entscheide aus seiner Sicht nur über 15 bis 20 Prozent des Gesamtbudgets. Über den größten Teil des Haushalts entscheide die Verwaltung. Daher sei ihm weiterhin an einer guten Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Gemeinderat gelegen. Im Hinblick auf die anwachsende Pro-Kopf-Verschuldung hält er eine Reduzierung der Schulden für wichtig.

Im Anschluss an die Stellungnahmen lässt OBM **Dr. Knecht** über die Vorlage Nr. 442/22 Beschluss fassen.

Im Anschluss an die Abstimmung erklärt Stadtrat **Link** sein Abstimmverhalten. Einem Personalzuwachs von jährlich 30 bis 50 neue Stellen könne er nicht zustimmen.

Beschluss:

Der beiliegende Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Ludwigsburg für das Wirtschaftsjahr 2023 wird gemäß Festsetzungsbeschluss s. Anlage 2 (Seite 9 und 10) beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 39 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Clausen
Stadträtin Dr. Traub

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung im Mobilitäts- und Umweltausschuss am 08.12.2022 und die dort einstimmig gefasste Beschlussempfehlung. Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage Nr. 400/22 Beschluss fassen.

TOP 4

**Abwassergebührenkalkulation 2023 des
Eigenbetriebs Stadtentwässerung Ludwigsburg**

Vorl.Nr. 401/22

Beschluss:

1. Die Kostenüberdeckung bei der Schmutzwasserbeseitigung aus dem Jahr 2020 wird anteilig mit 800.000,00 € in die vorliegende Gebührenkalkulation eingestellt und im Jahr 2023 ausgeglichen.

Bei der Niederschlagswasserbeseitigung werden die in 2022 korrigierten Restbeträge der Kostenüberdeckungen aus 2017 und 2018 in Höhe von insgesamt 3.563,56 € in die Kalkulation eingestellt.

Bei der dezentralen Abwasserbeseitigung erfolgt im Jahr 2023 ein Ausgleich der Kostenüberdeckung (Restbetrag) des Geschäftsjahres 2018 in Höhe von 14,37 €.

Die restlichen Kostenüberdeckungen aus den Jahren 2020 und 2021 werden in den Wirtschaftsjahren 2024ff. berücksichtigt.

2. Der dem Gemeinderat vorgelegten Abwassergebührenkalkulation 2023 (s. Anlage) mit den analog zum Vorjahr 2022 belassenen Gebührensätzen wird zugestimmt. Den gebührenfähigen Gesamtkosten der öffentlichen Einrichtungen, welche in die Gebührenkalkulation eingestellt wurden, wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 39 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Clausen
 Stadträtin Dr. Traub

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung im Mobilitäts- und Umweltausschuss am 08.12.2022 und die dort einstimmig gefasste Beschlussempfehlung. Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage Nr. 401/22 Beschluss fassen.

Beschluss:

1. Der Jahresabschluss des Eigenbetriebs zum 31.12.2021 wird gemäß Anlage 1, 1a festgestellt.
2. Ergebnisverwendung
Das Geschäftsjahr 2021 schließt mit einem ordentlichen Ergebnis von 818.749,84 EUR und einem Sonderergebnis von -3.774,84 EUR ab. Das Sonderergebnis von -3.774,84 EUR wird mit den Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses verrechnet und das saldierte Jahresergebnis in Höhe von insgesamt 814.975 EUR mit den Fehlbeträgen aus Vorjahren verrechnet.
3. Der Betriebsleitung wird für das Jahr 2021 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 39 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Clausen
 Stadträtin Dr. Traub

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung und die einstimmige Beschlussempfehlung des Betriebsausschusses Tourismus & Events Ludwigsburg vom 13.12.2022. Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage Nr. 403/22 Beschluss fassen.

Beratungsverlauf:

Es erfolgt ein Bericht durch den **stv. Eigenbetriebsleiter** Tourismus & Events Ludwigsburg anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zur Niederschrift).

Beschluss:

1. Die Stadt Ludwigsburg bekennt sich ausdrücklich zum Ziel der Klimaneutralität bis zum Jahr 2035. Sie strebt im Rahmen ihrer Möglichkeiten entschlossen die Klimaneutralität bis zum Jahr 2035 an.
2. Um dieses Ziel zu erreichen werden entsprechende Handlungsziele und Maßnahmen in die weiterentwickelten Handlungsfelder des Stadtentwicklungskonzeptes im Sinne einer integrierten und zukunftsfähigen Stadtentwicklung aufgenommen.
Für die konkrete Umsetzung einzelner Maßnahmen mit entsprechenden Kostenfolgen sind jeweils gesonderte Beschlüsse in den gemeinderätlichen Gremien erforderlich.
3. Die Stadt Ludwigsburg beteiligt sich am Wettbewerb des Umweltministeriums Baden-Württemberg „Auf dem Weg zur Klimaneutralität“. Die Ziele des Wettbewerbs werden langfristig unterstützt und nach Kräften verfolgt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 34 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Clausen
Stadträtin Dr. Traub

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** ruft Tagesordnungspunkt 7 auf. Er verweist auf die Vorl. Nr. 409/22. Er führt aus, viele Kommunen machen sich auf den Weg klimaneutral zu werden. Der eine setze sich 2030 zum

Ziel, der andere 2040. Er halte für Ludwigsburg das Jahr 2035 für richtig. Auch wenn dieses gesetzte Ziel aus heutiger Sicht als nicht, oder nur schwer erreichbar erscheine. Selbst wenn man alles gebe, könne es 2038 oder 2039 werden klimaneutral zu werden. Er betont, dass Ludwigsburg alles unternehmen wolle, um hier voranzukommen. Ohne Unterstützung von EU, Bund und Land könne Ludwigsburg das Ziel in finanzieller Hinsicht aber nicht stemmen.

Im Anschluss erläutern BMin **Schwarz** und einen **Vertreter** der Ludwigsburger Energie-Agentur LEA e.V. anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zum Protokoll) den Sachverhalt.

Ein **Vertreter des Jugendgemeinderats** teilt mit, er könne nicht für den gesamten Jugendgemeinderat sprechen, aber aufgrund eigener Umfragen könne er sagen, dass eine große Mehrheit der Jugendlichen hinter dem Ziel „Ludwigsburg klimaneutral 2035“ stehe.

Zu Beginn seines Wortbeitrags zitiert Stadtrat **Sorg** anschließend Personen, die bereits die Klimaneutralität 2035 beschlossen haben. Anschließend führt er aus „die eben genannten Fraktionen haben in Stuttgart mit den Grünen und weiteren in großer Einmütigkeit das Klimaneutralitätsziel 2035 beschlossen. Das war am 27. Juli des Jahres im Stuttgarter Gemeinderat. Einzig abseits stand die AfD, die die Klimaerhitzung leugnet. Wir im Ludwigsburger Gemeinderat haben am selben Abend gemeinsam die Ludwigsburger Stadtbahn auf den Weg gebracht. Bei der Stadtbahn hat sich unsere CDU bewegt, wie kürzlich auch beim Arsenalplatz. Mit den Freien Wählern und Linken haben wir Grüne bereits 2021 ein ambitioniertes KlimaBonus-Förderprogramm beantragt. Wir können auch heute gemeinsam die Zielmarke Klimaneutralität 2035 auf den Weg bringen. Wie Bietigheim-Bissingen vor wenigen Tagen, Göppingen entscheidet auch heute Abend.

Was passiert denn gravierendes, wenn wir als Ludwigsburger Gemeinderat heute mit großer Mehrheit die Klimaneutralität beschließen und entsprechende Maßnahmen umsetzen? Wir erzeugen unseren eigenen Strom und unsere eigene Wärme. Wir sind unabhängig von Despoten, die uns bisher mit vermeintlich billiger Energie geködert haben. Wir teilen Autos und Alltagsgegenstände und leben mehr Gemeinwohl statt Egoismus. Wir schaffen krisenfeste Arbeitsplätze durch erneuerbare Energien im Handwerk und in der Industrie. Wir haben mehr Geld auf dem Konto, da wir durch Dämmung Geld und Energie einsparen. Wir haben saubere Luft zum Atmen und ernähren uns gesünder. Die Menschen fühlen sich in ihren Stadtteilen und in der Innenstadt wohl dank einer hohen Lebensqualität.

Was sagt uns die Wissenschaft, was bereits passiert und was noch passieren wird, wenn wir nicht auf allen politischen Ebenen gravierend die Klimaerhitzung angehen? Der IPCC trägt die globale wissenschaftliche Erkenntnis in seinen Sachstandsberichten zusammen. Ich lasse nun die Wissenschaft sprechen und zitiere aus dem sechsten Sachstandsbericht: „Es ist eindeutig, dass der Einfluss des Menschen die Atmosphäre (...) erwärmt hat.“

„Abrupte Reaktionen und Kipppunkte des Klimasystems, wie (...) eine starke Zunahme beim Abschmelzen des Antarktischen Eisschildes oder Waldsterben, können nicht ausgeschlossen werden “
„Ohne eine Verstärkung der politischen Maßnahmen (...) wird ein Anstieg der Treibhausgasemissionen (...) projiziert, was zu einer globalen Erwärmung von 3,2 °C bis zum Jahr 2100 führt.“ Ende der Zitate.

Zusammengefasst: Die Welt wird wärmer. Das ist menschengemacht. Die Wissenschaft ist sich sicher und die Simulationen sind erschreckend treffsicher. Eisflächen schmelzen, das Wetter wird zerstörerischer. Es leiden Menschen, Tiere und Pflanzen. Wir können etwas dagegen tun. Und das

wollen wir heute Abend tun. Wir wollen unseren bescheidenen Beitrag leisten für eine Welt unter 1,5-Grad-Erhitzung.

Der Klimawandel findet nicht nur in Pakistan statt, wo es Überschwemmungen gibt oder in Ostafrika wo die Ernten ausfallen. Sondern die Überschwemmungen gibt es auch im Ahrtal; und auch in Ludwigsburg sehen wir, dass es die Gullydeckel hoch drückt und die Keller voll laufen. Hier kämpfen auch die Landwirte und Försterinnen mit Trockenheit; und mit dem Gießen kamen wir diesen Sommer alle nicht mehr hinterher. Und vor allem ältere Menschen sind durch diese extreme Sommerhitze sehr gefährdet.

Wir werden in Ludwigsburg allein nicht das Weltklima retten - auch das ist klar. Aber jeder Schritt auf dem Weg zählt und wir dürfen keine Zeit mehr verlieren. Ludwigsburg ist Vorreiterkommune in der nachhaltigen Entwicklung und dem Klimaschutz. Damit das so bleibt, stimmen wir heute Abend zu. Ludwigsburg steht gut vorbereitet in den Startlöchern. Wir bedanken uns bei allen in der Stadtverwaltung, die sich mit hohem Engagement für den kommunalen Klimaschutz einsetzen. Noch sind wir auf Spur, doch wir dürfen den Anschluss nicht verpassen. Mit der Vorlage haben wir sowohl ein Ziel, als auch einen Plan, wie wir das Ziel erreichen können. Die Maßnahmen sind herausfordernd, keine Frage, aber fundiert.

Wir stimmen natürlich heute auch zu, um uns die Chance auf Landesförderung nicht nehmen zu lassen. Die Chance auf 2 Millionen Euro zusätzlich; die kann unser Haushalt echt gut gebrauchen. Viele sagen: Klimaschutz ja, aber woher das Geld nehmen. Heute stehen 2 Millionen Euro für den Klimaschutz im Raum. Wie kann man da heute Nein sagen, wenn man Klimaschutz wirklich will?

Heute ist daher schon so etwas wie eine Stunde der Wahrheit - ganz ohne Schmutzdeckeln. Heute hat jeder und jede einzelne es in der Hand, ob Ludwigsburg für einen ambitionierten Klimaschutz steht oder nicht. Fast 80 Prozent der Menschen in Ludwigsburg halten Klimaschutz für wichtig. Diese Zahl wurde uns in einer repräsentativen Studie unserer Evangelischen Hochschule hier im Gemeinderat vorgestellt. Mehr noch ist bei der Beteiligung zum Strategieentwicklungskonzept herausgekommen. Hier fordern knapp zwei Drittel eine mutigere Zielformulierung im Hinblick auf Klimaneutralität. Worauf warten wir dann noch?

Wir können uns keine Politik leisten, die an den Sorgen und Nöten der Bevölkerung vorbei geht. Wir Stadträtinnen und Stadträte werden das ganze Jahr über angeschrieben mit der Bitte uns für ambitionierten Klimaschutz einzusetzen. Viele Bürgerinnen und Bürger sind auch deswegen trotz Kälte heute hier. Mit dieser enkeltauglichen Vorlage werden wir im Gemeinderat unserer Verantwortung gerecht. Diesem Beschluss zur Klimaneutralität 2035, den alle Generationen, jung und alt, nah und fern, betrifft, stimme seine Partei aus voller Überzeugung zu. Packen wir's an - für unsere Zukunft."

Stadtrat **Herrmann** teilt mit, Ludwigsburg habe bereits viel im Bereich Energieversorgung und Fernwärme, so wie Solarthermie getan, andere Städte könnten sich da ein Beispiel nehmen. Hätten alle Städte so wie Ludwigsburg gehandelt, wäre man beim Klimaschutz schon viel weiter. Grundsätzlich sei auch seine Partei dafür, in Solarenergie oder Wasserstofftechnik zu investieren. Im vorliegenden Antrag der Verwaltung sei aber auch viel Symbolik. Unbestritten sei der Klimawandel vorhanden. Ob die Folgen des Klimawandels und die Folgen der daraus abzuleitenden Maßnahmen so eintreten, wie sie von Experten vorausgesagt werden, sei zumindest kritisch zu hinterfragen. Auch in der Vergangenheit seien Voraussagen getroffen worden, die so nicht eingetreten seien.

Vieles könne man im Klimaschutz umsetzen, auch ohne dass jährlich städtische Mittel in Höhe von 170 Mio. Euro ausgegeben werden. Durch Forschung, Innovation, neue Wege könne man den Klimazielen ebenfalls näherkommen. Viele der von der LEA vorgeschlagenen Punkte könne man mittragen. Aber man müsse auch die Bürgerinnen und Bürger mitnehmen.

Insgesamt sehe er ein gutes Rahmenkonzept, aus welchem Einzelbeschlüsse abgeleitet werden könnten. Die konkrete Ausgestaltung dieser Einzelbeschlüsse sei noch offen. Mehrheitlich werde seine Fraktion zustimmen.

Stadtrat **Weiss** führt aus, es sei Zeit zu handeln, man habe schon lange fünf nach zwölf Uhr. Die Stadtwerke hätten sich auf den Weg gemacht, daran müsse man anknüpfen. Wo möglich, müssten schnellstmöglich Photovoltaikanlagen auf die Dächer montiert werden. Man müsse weg von fossiler Energie. Allerdings verlangt er, sich realistische Ziele zu setzen. Er hoffe, dass es keine Rückforderungsansprüche geben werde. Seine Fraktion könne zustimmen.

Er stelle fest, dass die Vorlage über alle Fraktionen hinweg unumstritten sei, führt Stadtrat **Maier** für die SPD-Fraktion aus. Ob das Ziel 2035 realistisch ist, sei fraglich. Positiv sehe er das Anliegen, sich zu dem Ziel 2035 zu bekennen. Symbole wirken, sie könnten Sehnsüchte wecken, so Stadtrat Maier weiter. Er sei überzeugt, dass sich so auch etwas bewegen lasse. Man müsse schauen, welche Maßnahmen einen besonders großen Vorteil bieten. Man müsse unterscheiden zwischen Maßnahmen die „Meilensteine“ bringen und Maßnahmen, bei welchen man sich im Gremium zerrede. Daher sei eine weitere wissenschaftliche Begleitung wichtig. Es sei ein gutes Zeichen, wenn man geschlossen auftrete, am Wettbewerb mitmache; auch um sichtbar zu werden und sich anderen Kommunen als Vorbild zu zeigen.

Stadtrat **Haag** führt aus, die FDP-Fraktion setze sich für den Abbau klimaschädlicher Emissionen ein. Er warne aber vor Zielen, die aus der Luft gegriffen seien, man dürfe nicht weltfremd sein, zumal es, wie es auch die Stadtverwaltung ausgeführt habe, ohne Gelder von Bund und Land nicht zu machen sei. Er führt aus, die notwendigen Investitionen seien in Summe mehr als elf Mal das Bildungszentrum West. Die in Aussicht gestellten Fördermittel seien nicht einmal ein Promille der benötigten 2,2 Mrd. Euro. Außerdem möchte seine Fraktion nicht als Feigenblatt für das grüne Umweltministerium herhalten, die zu verantworten hätten, dass die Finanzmittel für die Klimaneutralität alleine von Städte und Gemeinden aufzubringen seien.

Selbst eine Klimaneutralität 2040 sei ein ambitioniertes Ziel. Daher entscheide man heute nicht über eine Klimaneutralität 2035, sondern es gehe letztlich bei der aktuellen Entscheidung nur darum, ob Ludwigsburg an dem Wettbewerb des Landes teilnimmt. Dafür solle man aus seiner Sicht gegenüber den Bürgerinnen der Stadt nicht unehrlich werden. Daher werde seine Fraktion die Vorlage teilweise ablehnen.

Stadtrat **Müller** teilt mit: „Die Produktionsweise und Lebensweise, die uns Menschen das Leben erleichtern, besonders in den Industriestaaten, ist mit dem Ausstoß von Gasen verbunden, die zu einer Erwärmung der Atmosphäre führt. Diese Erwärmung wird unser Leben verändern und damit auch unsere gesellschaftliches Zusammenleben und unsere Kultur. Dies gilt aber nicht nur hier in Ludwigsburg, sondern auch für Europa und in der ganzen Welt. Dies wird auch zu mehr Flüchtlingen führen, die auch ein Weg hierher finden werden. Leider steigt der Ausstoß dieser klimaschädlichen Gase weiterhin nach oben. In der Vergangenheit sind es gerade die Industrie-Länder gewesen, die diese Gase ausgestoßen haben. Es liegt deshalb auch an uns, zu zeigen, dass es nicht notwendig ist, solche Gase zu emittieren, um einen angemessenen Lebensstandard zu führen.“

Vor diesem Hintergrund hat die Stadtverwaltung uns, dem Gemeinderat, einen Beschluss vorgelegt, in dem wir uns darauf verständigen, das Ziel anzustreben bis zum Jahr 2035 die Stadt Ludwigsburg klimaneutral zu machen. Dafür bewerben wir uns - ich meine damit nicht nur die Stadtverwaltung, sondern auch der Gemeinderat und die Stadtgesellschaft, - um den Wettbewerb des Landes. Es ist dafür ein Konzept erstellt worden, in der einen Reihe von Maßnahmen skizziert sind, wie die Stadt die Klimaneutralität erreichen kann. Besonders hervorzuheben ist: Es soll nur in Ausnahmefällen die Klima-Neutralität durch ein Zertifikate-Handel erkaufte werden. Der Zertifikate-Handel hat bisher nicht zu mehr erneuerbaren Energien geführt, sondern man hat die bereits erreichten Fortschritte von anderen abgekauft. Ob wir das Ziel des Konzepts wirklich erreichen, ist aus heutiger Sicht nicht sicher, eher fraglich. Wir können aber deutlich machen, dass wir als Kommune wohl vorbereitet sind, aber trotzdem können wir ohne weitere Hilfe von Land, Bund und der europäischen Union die Aufgabe kaum stemmen.

Es gibt hier im Gemeinderat wohl eine klare Mehrheit dafür, dass das Klima-neutrale Wirtschaften irgendwann erreicht werden soll. Dies reicht aber nicht, um das Ziel zu erreichen, das in Konferenz von Paris vereinbart wurde: Die Erderwärmung auf 2 Grad zu begrenzen. Dafür ist auch der Ausstoß der entsprechenden klimaschädlichen Gase schnell und radikal zu begrenzen, und dies gilt auch hier für Ludwigsburg.

Weshalb gibt es hier im Gemeinderat nun Bedenken gegen dieses Bekenntnis zur Klima-Neutralität bis 2035 und dem skizzierten Weg? Die einen sehen sich zukünftig in der Pflicht, einzelnen ausgearbeiteten Maßnahmen zustimmen zu müssen, weil sie an ihre Zustimmung zu dem Konzept erinnert werden. Andersherum wird es richtig: Weil kein Konzept zur Klima-Neutralität verabschiedet wird, werden uns die Versäumnisse von den nächsten Generationen vorgehalten. Es ist unser Wirtschaften und die damit verbundene Lebensweisen und der daraus resultierende Klimawandel, dass uns aber keine Wahlfreiheit mehr lässt, zielführende Maßnahmen abzulehnen. Es könnte sogar sein, dass wir durch unsere Zielstrebigkeit an Fördertöpfe kommen, die annähernd klimaneutrale Sporthallen ermöglichen, die wir sonst gar nicht finanzieren könnten.

Andere argumentieren, dass man keinen solchen Bohei darum machen soll. In der Vergangenheit habe es sich gezeigt, dass die Aufregung nicht gerechtfertigt war und es sich alles wieder eingerenkt habe, wie z.B. beim sauren Regen, der die Wälder schädigt. Es ist recht seltsam auf dieses Beispiel zu verweisen. Es ging damals vor allem um den deutschen Wald und da konnte die CDU-Bundesregierung, die eine geistige und moralische Wende in der Gesellschaft erreichen wollte, nicht mit Nichtstun glänzen. Es stand ihr auch eine veränderte Wählerschaft im Nacken.

So setzte sie, die damalige Bundesregierung ein gewaltiges Programm auf, damit die Kraftwerke mit Filtern ausgerüstet werden. So konnte innerhalb weniger Jahre eine starke Schadstoff-Emission-Reduktion erreicht werden. Hier war ein entschiedenes Handeln erfolgreich und nicht ein „es wird schon irgendwie werden“. Bei diesem komplexen Thema ist ein vergleichbares entschiedenes Handeln erforderlich und nicht zu hoffen, dass es sich von selbst irgendwie ergibt. Wenn wir heute nichts tun, können zukünftige Auflagen dazu führen, dass wir gar keine Entscheidungsfreiheit haben. Weitere Mitglieder des Gemeinderats pochen darauf, auch im Jahr 2035 mit dem eigenen PKW durch die Wilhelmstraße zu fahren, als ob dies ein Menschenrecht ist. Es ist stattdessen notwendig unsere Lebensweise so zu ändern, dass sie Klimagerecht ist. Es könnte dazu führen, dass z.B. ein hoher CO2-Preis es erforderlich macht, auf einen anderen Weg in die Stadt zu kommen, wie mit dem eigenen Auto. Da sollten wir gut aufgestellt sein und für Busse, Stadtbahn, dem Radverkehr und nicht zuletzt den Fußgängern genügend Raum bereitstellen.

Die Stadtverwaltung hat mit dem Konzept Wege aufgezeigt, was zu tun ist, um die Klimaneutralität bis 2035 zu erreichen. In Ludwigsburg haben wir gute Voraussetzungen unseren Beitrag dafür zu leisten. Eine Ablehnung würde bedeuten:

1. Dass wir uns nicht mehr als innovative Kommune auf dem Weg zu einer klima-neutralen

Kommune sehen können und in Zukunft eher unter „ferner liefern“ zu firmieren.

2. die Arbeit der Stadtverwaltung und der LEA, die bei der Erarbeitung des Konzepts siech sehr viel Mühe gegeben haben, eine Arbeit für den Papierkorb war. Hier möchte ich daran erinnern, dass gerade von den sich wirtschaftsnahen nennenden Fraktionen immer wieder unnötige Doppelarbeit und unnötige Planungen kritisiert werden.

3. ein Schlag ins Gesicht für unsere Partnerschaft mit Kongoussi (Burkina Faso) oder Ambato (Ecuador), wenn wir dort immer von Klimaschutz und Energieeffizienz reden, aber hier, bei uns selbst, unverbindlich bleiben bis zum Nichts tun.

4. den Aktivisten von „Die letzten Generation“ eine weiteren Bestätigung geben, dass die Politik wohl immer wieder nur vom Klimawandel redet, aber nichts Ernsthaftes dagegen tut.

Mit der Zustimmung zu dem Klimakzept heute sind die einzelnen Maßnahmen noch nicht beschlossen und es können Änderungen eingebracht werden. Auch können noch eigene Idee eingebracht werden, wie wir das Ziel erreichen. Das „Ob“ sollte eigentlich nicht mehr in Frage gestellt werden.“

Jetzt heiße es, „alle Kräfte bündeln“, teilt Stadträtin **Kainz** mit. Der Zeithorizont für eine Klimaneutralität werde kleiner; die Aufgaben immer größer. Eine Aufbruchstimmung in der gesamten Stadtgesellschaft sei nötig. Jeder wisse, dass für die Zielerreichung eine größere finanzielle Unterstützung, von Land, Bund und EU notwendig sei. Durch die Teilnahme als Modellkommune hätte Ludwigsburg die Chance finanzielle Unterstützung zu erhalten. Als Modellkommune würden nicht nur 2 Mio. Euro bereitgestellt, sondern es würde auch eine wissenschaftliche Begleitung und eine Sicht von außen zur Verfügung gestellt. Die in der Vorlage genannten Ziele seien schon lange Ziele der LUBU, daher stimme sie der Vorlage gerne zu.

Es brauche maximale Anstrengung, um die Klimaziele zu erreichen, teilt Stadtrat **Meyer** mit. Ob man aber eine weitere Beratung über einen Wettbewerb des Landes benötige und ob das Ziel überhaupt realistisch zu erreichen sei, halte er für fraglich. Die Stadt habe keinen Erkenntnismangel, sondern eher ein Problem bei der Umsetzung. Es würden sowohl die Handwerker wie auch die finanzielle Ressourcen fehlen. Das angestrebte Ziel sei daher nicht realistisch. Ziele müssten aus seiner Sicht fordernd, aber auch erreichbar und glaubwürdig sein. Unrealistische Ziele würden zwar zunächst für Beifall sorgen, führen aber in der Folge bei Nichterreichung zu Enttäuschung und Politikverdrossenheit. Er stimme daher heute nicht zu.

Nach der Aussprache stellt OBM **Dr. Knecht** sodann die Vorlage 409/22 zur Abstimmung.

TOP 8

**Ludwigsburger Schlossfestspiele
- Programmvorstellung und Zuschussantrag
2023**

Vorl.Nr. 408/22

Beschluss:

1. Der Abschluss 2021 der Ludwigsburger Schlossfestspiele (LSF) wird zur Kenntnis genommen.
2. Den Programmplanungen 2023 wird zugestimmt.
3. Den Haushaltsplanungen 2023 der LSF wird zugestimmt.

4. Für den Haushalt 2023 wird ein Grundförderbetrag i.H.v. 800.000 EUR genehmigt und vorbehaltlich der Genehmigung des städtischen Haushaltes durch das Regierungspräsidium freigegeben.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 22 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 10 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Clausen
 Stadträtin Knecht
 Stadträtin Dr. Knoß
 Stadträtin Dr. Traub

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung im Bildungs- und Sozialausschuss am 14.12.2022 und die dort mehrheitlich gefasste Beschlussempfehlung. Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage Nr. 408/22 Beschluss fassen.

Beschluss:

Der Verlängerung des Schulversuchs G9 am Mörike-Gymnasium um weitere vier Jahre ab dem Schuljahr 2025/2026 wird zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt den Antrag auf Verlängerung beim Kultusministerium zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Clausen
 Stadträtin Knecht
 Stadträtin Dr. Knoß
 Stadträtin Dr. Traub

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung im Bildungs- und Sozialausschuss am 14.12.2022 und die dort einstimmig gefasste Beschlussempfehlung. Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage Nr. 378/22 Beschluss fassen.

Beschluss:

Entsprechend §4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) wird die Hauptsatzung der Stadt Ludwigsburg, beschlossen am 21.11.2018, zuletzt geändert am 16.12.2021, wie in der Anlage dargestellt, geändert. Die Änderungen der Hauptsatzung treten zum 01.01.2023 in Kraft.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Clausen
 Stadträtin Knecht
 Stadträtin Dr. Knoß
 Stadträtin Dr. Traub

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung und die einstimmige Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses vom 13.12.2022. Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage Nr. 406/22 Beschluss fassen.

Beschluss:

Die Stadt Ludwigsburg entsendet fünf Vertretungen des Gemeinderats und für den Verhinderungsfall jeweils zwei Stellvertretende sowie den Oberbürgermeister in die Verbandsversammlung des Zweckverbands Stadtbahn:

Mitglieder Zweckverband Stadtbahn

Der Oberbürgermeister sowie folgende Vertretungen der Fraktionen:

Fraktion	Mitglied	1. Stellvertretung	weiterer Stellvertretung (ohne Entschädigung)
Grüne	Dr. Christine Knoß	Frank Handel	Florian Sorg
CDU	Klaus Herrmann	Claus-Dieter Mayer	Wilfried Link
Freie Wähler	Jochen Zeltwanger	Hermann Dengel	Florian Lutz
SPD	Margit Liepins	Nathanael Maier	Dieter Juranek
FDP	Jochen Eisele	Stefanie Knecht	Sebastian Haag

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Clausen
Stadträtin Knecht
Stadträtin Dr. Knoß
Stadträtin Dr. Traub

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorlage Nr. 329/22. Nachdem auf Sachvortrag und Aussprache verzichtet wird, lässt er sogleich über die Vorlage Beschluss fassen.

